



Wiener Beobachter

DENN NUR WAHRHEIT MACHT FREI

„ARIGONA SOLL UNSER LAND VERLASSEN“

Entgegen der Publicity-Masche von ORF, Gutmenschen, linken etc. hat die Bevölkerung von Frankenburg, der man andichtet für den Verbleib der Kosovarin einzutreten eine ganz andere Meinung.

Auszüge aus einem großen Bericht der **GANZEN WOCHE:**

In Frankenburg bei Vöcklabruck (OÖ) brodeln die Volksseele. In jener 5.000-Einwohner-Gemeinde, in der die 15jährige Arigona Zogaj und ihre Familie etwa 4 Jahre lebten. Ende September sollte die Familie nach Ablehnung des Asylansuchens und mehreren Einsprüchen endgültig zurück in den Kosovo abgeschoben werden. Arigona widersetzte sich und tauchte unter. Unterdessen gingen in Frankenburg die Menschen auf die Straße. Sie demonstrierten für den Verbleib der Zogajs in unserem Land. Selbst Nationalratspräsidentin Barbara Prammer marschierte mit. Halb Frankenburg sei auf der Straße gewesen, hieß es. Arigona war zu einer Symbolfigur der Asylpolitik geworden, die mit Hilfe von im Hintergrund agierenden Organisationen zeigte, wie eine Republik in die Knie gezwungen und Gesetzeslücken ausgenützt werden können. „Aber daß wir alle für den Verbleib von Arigona demonstrieren haben, stimmt nicht“, sagt Pensionist Josef Kindhammer. „Ich lebe seit Jahrzehnten hier und kenne die meisten Bewohner. Unter den Demonstranten fand ich wenig bekannte Gesichter.“ Vielmehr wurden die Marschierer mit Bussen herangekarrt. Und die Kinder aus Arigonas Schule seien von den Lehrern angehalten worden, sich für das Mädchen aus dem Kosovo

einzusetzen. „Wir haben ja **grüne** Lehrer“, sagt ein Einwohner. „Unser Kind wollte gar nicht demonstrieren. Es ist unverantwortlich, 15jährige für etwas einzuspannen, was sie gar nicht verstehen.“

Es ist nicht leicht, in diesen Tagen mit den Menschen in Frankenburg über den Fall der Zogajs zu sprechen. Aus Angst „vor diesen Leuten“ schweigen viele. Andere zeichnen ein wenig schmeichelhaftes Bild der siebenköpfigen Familie. Auch von der bislang als lebenswürdig angesehenen Arigona, die während ihrer Flucht in einer Videobotschaft von Selbstmord sprach und davon, in unserer Gesellschaft integriert zu sein. Damit rührte sie die Herzen.

Umso erstaunlicher ist es, von Frankenburgern zu hören, daß Arigona selbst Kinder ausgrenzte. Eine Mitschülerin, die aufgrund einer vor Jahren erlittenen Meningitis behindert ist, habe sie regelrecht gemobbt. Andere Klassenkameraden gegen das Mädchen aufgebracht. Arigona sei überhaupt eine Rädelsführerin, heißt es. Eine, die sie in Frankenburg nicht wollen. „Arigona, verlasse unser Land“, sagen sie. Familienzusammenführung ja - aber im Kosovo.

Dort, wohin der Vater mit den anderen Kindern abgeschoben wurde. Ein Mann, der ständig mit Nachbarn angeeckt haben soll. „Vor zwei Jahren zeigte mich Herr Zogaj an. Ich hatte unser Auto auf unserem Grundstück abgestellt, doch Herr Zogaj wollte die Besitzverhältnisse nicht anerkennen, sondern selbst sein Auto auf unserem Grund

parken. Die Familie hatte ja zwei Wagen und mehrere Mofas. Er verlangte allen Ernstes einen Beweis von mir über unseren Grundbesitz. Erst als ich ihn anwies, sich auf der Gemeinde zu erkundigen, war Ruhe.

Weit höhere tatsächliche Arbeitslosigkeit

Im November 2007 waren 223.610 Arbeitslose in Österreich gemeldet, teilte uns das Arbeits- und Wirtschaftsministerium mit. **Davon waren 42.542 Ausländer.** Dazu kommen nicht erfaßt: 53.778 Personen in Schulung. Im Oktober waren 204.840 Personen offiziell arbeitslos. „Die offizielle Statistik blendet eine große Zahl Arbeitssuchender einfach aus“, meinte Josef Moser, Arbeitsmarktexperte der AK Oberösterreich und ließ eine WIFO-Studie erstellen mit einem bösen Ergebnis: **Tatsächlich waren im Oktober 320.000 Österreicher ohne Job. Die wirkliche Arbeitslosigkeit 2006 war also um fast 50 Prozent höher, als das Ministerium meldete.** Denn in keiner AMS-Statistik scheinen auf: Schulungsteilnehmer, kranke Arbeitslose, Pensionsvorschußbezieher, das sind ältere Arbeitslose, die einen Pensionsantrag gestellt haben, der aber in drei Viertel aller Fälle abgelehnt wird. Umgekehrt treibt die zunehmende Zahl der Teilzeitjobs und freien Dienstverträge die Beschäftigungsquote hinauf. Denn die Zahl der Jobs, nicht der beschäftigten Personen wird gezählt. Wird eine Vollzeit- in zwei Teilzeitstellen umgewandelt, steigt die Beschäftigung. Nicht nur Präsenz- und Zivildienstler, auch wer in Karenz ist, gilt als beschäftigt. Dazu werden sowohl die Mütter als auch ihre Karenzvertretungen gezählt. Auch Altersteilzeit-Beschäftigte bereits in der Freizeit gelten als „beschäftigt“.

Wie die Neutralität zu Grabe getragen wird

Unter dem Titel „Strategie des Überschmäh“ beleuchtete Manfred Rotter, der Völkerrechtsexperte der Linzer Universität, einige bemerkenswerte Aspekte des neuen EU-Vertrages von Lissabon im Wiener „Standard“ vom 25/26. Oktober 2007 und sieht verheerende Folgen für Österreichs Neutralität durch die Einführung einer Beistandspflicht. Rotter schreibt: „Die österreichische politische Führung glaubt immer noch, daß sie für alle Zukunft Europa und Österreichs immerwährende Neutralität gleich hochleben lassen könne. Dabei war von Anfang an klar, daß **Österreichs EU-Mitgliedschaft und immerwährende Neutralität nur so lange miteinander im Einklang gehalten werden können, als die Gründungsverträge der EU und ihrer Gemeinschaften keinerlei Verpflichtungen zum gegenseitigen militärischen oder sonstigen Beistand im Verteidigungsfalle enthalten.** Das wird jetzt anders.“

Denn Rotter findet im Artikel 27 den Absatz 7: **„Im Falle eines bewaffneten Angriffs auf das Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaates müssen die anderen Mitgliedstaaten nach Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen alle in ihrer Macht stehende Hilfe und Unterstützung leisten.“**

Mit diesem Satz des Reformvertrages wird – nach Rotter - das bisherige Strukturspektrum der EU grundlegend erweitert: Sie wird zusätzlich auch noch zu einem Verteidigungsbündnis, ganz im Gegensatz zum gescheiterten Vertragsentwurf. In diesem wurde eine solche Entwicklung wohl 1993 diskutiert, war aber von der Mehrheit abgelehnt und daher nicht vorgesehen. Es gäbe wohl - so Rotter - einen Nachsatz im ersten Unterabsatz von Art. 27 Abs. 7, wonach der besondere Charakter der Sicherheits- und Verteidigungspolitik mancher Mitgliedstaaten vom Vertrag unberührt bleibt. Das ist eine Formel, die schon in den Vertrag von Maastricht aufgenommen wurde, um den neutralen und paktfreien Staaten (Irland, Schweden, Finnland und Österreich) die Scheu vor einer Mitwirkung in der Gasp zu nehmen. Sie handelt aber nur von Politik.

„Die Bündnispflicht nach Art. 27 Abs. 7 geht darüber aber hinaus“ wird Rotter deutlich. „Es geht nicht mehr um eine Politik, sondern um eine Rechtspflicht. Diese kann aber nicht mehr mit der Irischen Formel relativiert werden. Dazu bedarf es entweder einer Ausnahmeregelung (neudeutsch Opting-out) wie für die Briten in Sachen Grundrechte oder eines österreichischen Vorbehaltes.

Rotter warnt: „Damals wie heute entspricht die jetzt unmotiviert aus dem Hut gezogene Bündnispflicht in keiner Weise den objektiven Gegebenheiten der sicherheitspolitischen Integration der EU. Sie ist ein **Vorgriff auf Entwicklungen, deren Ablauf und Ergebnisse äußerst vage und keinesfalls gesichert sind.** So hängt die Bündnisverpflichtung institutionell in der Luft, weil die Errichtung der „Gemeinsamen Europäischen Verteidigung“, an der seit langem herumgedoktert wird, nach wie vor in weiter Ferne ist. Auch mangelt es an der Möglichkeit, auf **EU-Staaten mit einem Hang zu sicherheitspolitischen Alleingängen mit hoher Risikobereitschaft mäßigend einzuwirken, wie das Beispiel Polens und Tschechiens im Zusammenhang mit dem US-amerikanischen Raketerschirm.** Von den Perspektiven, die sich so gesehen aus einem EU-Beitritt der Türkei ergeben, ganz zu schweigen.“

„Besonders rätselhaft wird die Bündnispflicht,“ meint Rotter, „wenn man bedenkt, daß 22 der 27 EU-Mitglieder der Nato angehören und somit gegenüber den 26 (!) Nato-Staaten einer eigenen Bündnispflicht unterliegen, was in Art. 27 Abs. 7 auch ausdrücklich hervorgehoben und offenbar mit einem gewissen Vorrang versehen wird. Es könnte aber auch sein, daß mit der Verankerung der wechselseitigen Bündnisverpflichtung der EU-Staaten im Verteidigungsfalle die faktische Verschränkung zwischen EU und Nato gemeinschaftsrechtlich unterfüttert werden soll.“

Rotter schließt: „In der rauen Wirklichkeit völker- und verfassungsrechtlicher Analysen aber sind dem interpretativen Überschmäh die Grenzen der Seriosität gesetzt. **Jeder Versuch, immerwährende Neutralität mit der Mitgliedschaft in Verteidigungsbündnissen in Einklang zu bringen, überschreitet sie.** Er scheitert nicht zuletzt auch am klaren Wortlaut des Bundesverfassungsgesetzes über die Neutralität Österreichs“...

Preis der „Regionalisierung“

Der Fahrpreisautomat am Nickelsdorfer Bahnhof wirft eine Fahrkarte nach Wien um 10.50 Euro aus. Auch in Wien kostet eine Fahrkarte nach Nickelsdorf 10.50 Euro. Ein Ausflug nach Wien oder ein Besuch in Nickelsdorf kostet also für einen Österreicher mit der Bahn 21 Euro.

Fährt man aber ein Stückchen weiter nach Ungarn nach Magyarovar (das einstige Ungarisch-Altenburg) gibt es eine Hin- und Rückfahrkarte (mit Fahrradmitnahme) um den Spottpreis von 9,- Euro. Sicher muß man diese Fahrkarte erst unter „Euregio Spezial“ und dann „Ungarn“ suchen, aber man stellt sich die Frage: Ist der Österreichertarif der kostendeckende Fahrpreis und warum subventionieren dann wir eine Fahrt nach Ungarn? Oder ist der Ungarntarif kostendeckend, warum müssen wir dann soviel zahlen?

Großmannssucht

Der einstige **bundesdeutsche Kanzler Helmut Schmidt (SPD)**, heute 88, in einem Interview am 29. Oktober 2007: „... Als ich in öffentlichen Ämtern war, habe ich mich international erfolgreich dafür eingesetzt, der Türkei finanziell beizustehen, und das würde ich immer noch tun. Ich würde die Türkei auch am gemeinsamen Markt beteiligen. **Aber weder sehe ich einen Sinn darin, ein muslimisches Land von 70 Millionen Menschen, das im Laufe unseres Jahrhunderts auf 100 Millionen Menschen anwachsen wird, in die europäische Union zu integrieren, noch sehe ich einen Sinn darin, das Kurdenproblem und andere Konflikte im Mittleren Osten in die EU hereinzutragen oder einen Präjudiz für die Aufnahme von Staaten wie Algerien, Marokko oder Israel zu schaffen.** Das ist **Großmannssucht von Leuten**, die meinen, daß es auf die schiere Ausdehnung der EU ankäme...“

Die Sorgen möchten wir haben

Wie die Zeitungen schrieben, stellt Magna Racino in Ebreichsdorf mit Ende der Saison den Rennbetrieb ein. Der Rennbetrieb hat im Jahr 2007 mit einem Verlust von 6 Millionen Dollar geendet. Es ist für jeden normal denkenden Menschen selbstverständlich, daß ein Privatbetrieb so nicht existieren kann. Es handelt sich dabei nicht um ein volkswirtschaftlich lebenswichtiges Unternehmen.

Der Ebreichsdorfer Bürgermeister Mag. Josef Pilz sieht das anscheinend anders. Er spricht nicht von sich verflüchtigende Gemeindeabgaben. Für ihn sind auch nicht die Arbeitsplätze am wichtigsten. Er ist „traurig“ wegen des Image-Verlustes, den die Stadt Ebreichsdorf erleidet.

Man kann Ebreichsdorf nur gratulieren, daß es keine anderen Sorgen hat. Wir leben wirklich in einer „Spaßgesellschaft“! **G.B.**

Eineinhalb Jahre Haft für Gerd Honsik

Das Oberlandesgericht (OLG) hat das Urteil bestätigt, mit dem Gerd Honsik vor 15 Jahren vom Straflandesgericht wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung verurteilt worden war: **eineinhalb Jahre Haft.**

!! Veranstaltungen !!

Vorweihnachtliche Stunde mit

Konrad Windisch

> Donnerstag, 13. Dezember 2007, 19.45 Uhr <

Videoabend über

Unter'm Galgen wächst kein Gras

> Donnerstag, 10. Jänner 2008, 19.45 Uhr <

Wilhelm Stadlinger spricht über die

Erzwungenen Fesseln der BRD

> Donnerstag, 24. Jänner 2008, 19.45 Uhr <

Wir treffen uns auch am 20. und 27. 12. 2007 im Heim.

***Der Wiener Beobachter, unsere regionale Zeitschrift
Kommentare zum Zeitgeschehen, unsere überregionale
Zeitschrift***

Sie finden Vertreter der AFP jeden Donnerstag ab 19.30 Uhr im

Dr.-Fritz-Stüber-Heim, 1160 Koppstr. 72
(Eingang Kreitnergasse, Kellerlokal)
Bus 48A (Panikengasse); Straßenbahn 9 (Koppstraße)
Dieser **Wiener Beobachter** gilt als Einladung

Wir danken für jede Spende!

ACHTUNG: Da unser bisheriges Konto bei der PSK ohne Angabe von Gründen gekündigt wurde, ersuchen wir Sie, in Zukunft nur noch die Erlagscheine der BAWAG für Einzahlungen zu verwenden.

Spanien kippt Holocaust-Leugnungsgesetz

Das spanische Verfassungsgericht hat den Holocaust-Leugnungsparagrafen von 1996, welcher auf Betreiben der bundesdeutschen Justizministerin Zypries in einigen EU-Ländern eingeführt wurde, aufgehoben. Anlaß war der Fall des Menschenrechtskämpfers und Publizisten Pedro Varela, der 1998 vom Gericht in Barcelona (Juzgado Penal No. 3) unter dem Richter Santiago Vidal wegen „Leugnung des Holocaust und Rassenhaß“ zu fünf Jahren Kerker verurteilt wurde. Beide katalonischen Berufungsinstanzen, schließlich sogar die Richter der Audiencia Provincial, des höchsten katalonischen Gerichtshofes fanden aber, daß der neue Paragraph 607.2 des spanischen Strafgesetzbuches (Holocaust-Artikel) mit dem Menschenrecht auf freie Meinungsäußerung unvereinbar wären. Sie überwiesen daher den Fall Varela zu einer Grundsatzentscheidung an den spanischen Verfassungsgerichtshof in Madrid, die nun entschieden, **daß dieser Artikel mit dem Recht auf freie Meinungsäußerung, wie er in der spanischen Verfassung garantiert ist, nicht vereinbar ist.**

Die Richter ließen auch das Argument nicht gelten, daß das Bestreiten des Holocaust die Juden in ihrer Menschenwürde verletzen und in ihrer Existenz bedrohen würde. Die Richter antworteten dazu, daß durch freie Meinungsäußerung meistens irgend jemand bzw. irgend eine Gruppe verletzt würde, das mache ja gerade die freie Meinungsäußerung aus. Man könne das fundamentale Menschenrecht auf freie Meinungsäußerung nicht von Befindlichkeiten einzelner oder bestimmter Gruppen abhängig machen, beschieden die spanischen Richter.

12 Jahre war Pedro Varela der Reisepaß entzogen, war unzähligen Razzien unterzogen und 20.000 Bücher waren eingezogen und drohten vernichtet zu werden. Seine Aufklärung darf in Spanien nun nicht als Straftat verfolgt werden.

Lieber Freund, lieber Kamerad!

Danke für die eingegangenen Bezugsgebühren für das Jahr 2008 sowie für die Spenden. Bei Durchsicht meiner Adressdatei mußte ich jedoch feststellen, daß noch immer zahlreiche Adressaten ihre Gebühr nicht überwiesen haben.

Sollten Sie auch in Hinkunft eine Zusendung des **Wiener Beobachter** wünschen, so ersuchen wir um Verwendung des beiliegenden Zahlscheins und Überweisung des Bezugs-Betrages in der Höhe von Euro 10,00 / Jahr bis spätestens 31.12.2007. Sollte bei uns keine Zahlung einlangen, akzeptieren Sie die Streichung aus unserer Verteilerliste. Herzlichen Dank.
Der Herausgeber

Günter Deckert, Ex-OStRat, Weinheim an der Bergstraße (bei Heidelberg), Briefmarkensammler, sucht Tauschpartner für Dt.-Österreich.

Nehme auch gerne A-Briefmarken von Kameraden, die diese nicht mehr brauchen, weil sie nicht weiter sammeln. Pf. 100 245, D 69442 Weinheim/B. - Rif/ Fernbrief: - 6201-61329 / - 15140; E-Post: **Guenther.Deckert@gmx.de**

Die rote Rathausmehrheit subventioniert auf Teufel komm raus.

Was der Wiener Steuerzahler so alles mit seinem sauer verdienten Geld finanzieren darf und muß. Die absolute rote Rathausmehrheit schmeißt das Geld nur so zum Fenster hinaus, als fließe speziell in Wien Milch und Honig durch die Straßen.

Die Zuwendungen an den Wiener Seniorenbund und an den ÖGB stellen für mich eine versteckte Parteienfinanzierung dar. Bei der Subvention für das Jüdische Film Festival Wien kann ich nur hoffen, daß auch andere religiös-kulturelle Festivals so großzügig bedacht werden. Vollkommen unverständlich für mich ist die Zuwendung in dieser horrenden Höhe von Euro 320.000,— an die IKG Wien. Auch hier stellt sich die Frage, ob auch andere - wie z.B. die Islamische, Türkische usw. Kultusgemeinden - so ahnsehnliche Subventionen erhalten.

An den Rand geschrieben

Wiener Gemeinderatsitzung am 20. September 2007

Subventionen gesamt.....	373.385,62 €
„Töchtertag 2008“.....	220.000 €
Verein „ZIMD“.....	15.000 €
„abz.austria“.....	35.000 €
Verein „SONNE Int.Afar-Nomaden/Äthiopien“.....	20.000 €
Verein Menschen f.Men., Schule in Derra/Äthiopien.....	20.000 €
Verein Jugend eine Welt.....	20.000 €
Verein World Vision Österreich.....	20.000 €
Zur Förd.div. bezirks-u.basis-kulturellerAktivitäten.....	60.000 €
Jüdische Film Festival Wien.....	70.000 €
Förderung div. Theatergr. und Einzelpersonen.....	1.000.000 €
Kriegsopfer – u. Behindertenverb. f W,NÖ u. B.....	79.950 €
Auslandösterreicher-Fonds.....	62.715,62 €
Verb d.öffentl. Wirtschaft u.Gemein-wirtschaft Ö.....	60.000 €
Europäische Rundschau.....	35.000 €
Wiener Seniorenbund.....	33.000 €
Österreichischer Gewerkschaftsbund.....	30.000 €
Österr. Orient-Gesellschaft Hammer-Purgstall.....	23.000 €
Wiener Familienbund.....	21.000 €
Österr. Jugendherbergsverb., Landesgr.Wien.....	8.720 €
Israelitische Kultusgemeinde Wien.....	320.000 €

Wiener Beobachter, Folge 219 - Herausgeber: AFP, Arbeitskreise W, NÖ, B.

Medieninhaber, Hersteller: Manfred Hubral, alle: Krauseg. 14, 1110 Wien;

e-Post: kontakt@wiener-beobachter.at, Internetz: www.wiener-beobachter.at, www.afp-aktiv.info;

Jahresbezug: eur 10,00; Konto: BAWAG 04210-833-132; Blattlinie: Der **Wiener Beobachter** tritt für die Verwirklichung der Grund- und Freiheitsrechte aller Völker ein. - P.b.b. * Vertragsnummer: GZ 02Z031542M * Erscheinungsort: Wien * Verlagspostamt: 1170 Wien